



Neue Sprecher gewählt



Ursula Busch



Klaus Oesterling



Roger Podstatny



Michael Paris

In einer Mitgliederversammlung am Mittwoch, 29.10.08 wurde auf Vorschlag von Hans Busch ein neuer Sprecherkreis für den Freundeskreis einstimmig gewählt. Ursula Busch, Klaus Oesterling, Michael Paris und Roger Podstatny bilden nun gemeinsam das neue Sprecherremium.

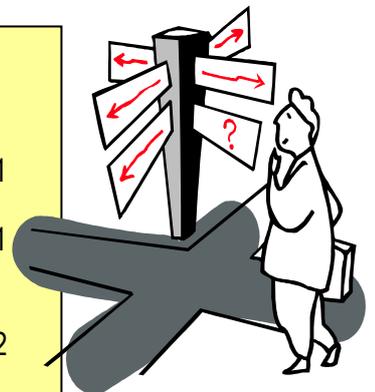
Hans Busch scheidet auf eigenen Wunsch aus. Er hat als Sprecher den Freundeskreis, früher „Nieder Kreis“, mehr als 25 Jahre maßgeblich gestaltet. Klaus Oesterling hob in seiner Dankesrede die Verdienste des scheidenden Sprechers für die SPD und den Freundeskreis hervor und wies darauf hin, dass Hans Busch in einer Zeitung als das „personalpolitische Gehirn der Frankfurter SPD“ bezeichnet worden ist.

Bundestagswahl

Die spannenden aktuellen Entwicklungen in Hessen und auf dem internationalen Finanzmarkt beherrschen derzeit die öffentliche Diskussion. Trotzdem dürfen wir auch wichtige parteiinterne Termine nicht aus den Augen

Inhalt

Neue Sprecher gewählt	Seite 1
Bundestagswahl	Seite 1
Bericht aus dem Hessischen Landtag	Seite 2
Impressum	Seite 4
Veranstaltungshinweis	Seite 4



verlieren. Mitte November wählen die Ortsvereine der beiden Frankfurter Bundestagswahlkreise ihre Kandidaten/Kandidatinnen in zwei Wahlkreisdelegiertenkonferenzen.

Alle hatten die Gelegenheit, bei unserem vorletzten Treffen am 19. September „Bundespolitik: Situationsbericht und Zukunftsperspektiven“ mit Gregor Amann zu diskutieren, der sich erneut um ein Bundestagsmandat bewerben wird. Trotz gewisser Kritik an einigen Aspekten der Arbeitsmarktpolitik, speziell das Thema Arbeitslosengeld II und seine Folgen, waren die anwesenden Freundeskreis-Mitglieder zufrieden mit Gregors Arbeit in Berlin und Frankfurt. Wir brauchen realistische, langfristig orientierte Politik im Bundestag, wie Gregor sie in seinem Vortrag skizzierte. Daneben wurden die Fortführung der sehr guten Wahlkreisbetreuung, die wir schon von seiner Vorgängerin kannten, und der serviceorientierte, kommunikative Umgang seiner Büros mit den Ortsvereinen sehr gelobt.

Beschluss des Freundeskreises vom 29.10.2008: **Realistische Politik für Frankfurt in Berlin ist weiterhin wichtig – deshalb empfiehlt der Freundeskreis nach intensiver Diskussion die Unterstützung von Gregor Amann im Wahlkreis 182. Wir hoffen außerdem, dass Ulli Nissen im Wahlkreis 183 viele Stimmen für die SPD holt. Nach der Bundestagswahl möchten wir wieder zwei Frankfurter Abgeordnete im Bundestag sehen!**

Bericht aus dem Hess. Landtag

von Michael Paris

Erste parlamentarische Erfahrungen in der neuen Wahlperiode

Mehr als ein halbes Jahr nach der Landtagswahl und einigen Monaten mit einer geschäftsführenden Landesregierung und offenen Mehrheitsverhältnissen im Hessischen

Landtag kann ein erstes Fazit gezogen werden:

Das Parlament hat einiges in die richtige Richtung bewegt. Die wichtigen Initiativen gingen dabei von der SPD aus, die dafür Mehrheiten vor allen bei den Grünen, aber auch der Linkspartei und in Einzelfällen bei der FDP finden konnte. Die amtierende geschäftsführende Landesregierung hat immer wieder gezeigt, dass mit ihr ein Politikwechsel nicht möglich ist und die Versprechung, fairer Partner des Parlaments zu sein, nie ernst gemeint war. **Deshalb muss es unser Ziel bleiben, eine handlungsfähige Regierung zu bilden.**

Besonders im Bildungsbereich hat eine gestaltende Mehrheit von SPD, Grünen und Linkspartei im Landtag Erfolge vorzuweisen. Die **Studiengebühren** wurden zum Wintersemester 2008/2009 abgeschafft. Das ist ein wichtiger Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Die entfallenden Mittel werden den Hochschulen vollständig ersetzt, so dass sich die Rahmenbedingungen nicht verschlechtern. Hessen übernimmt damit wieder eine Vorreiterrolle in einer zentralen Frage der Bildungsgerechtigkeit.

Der den Schulen, Eltern und Kindern aufgezwungene Einsatz von nicht entsprechend ausgebildeten Ersatzkräften im Rahmen der so genannten Unterrichtsgarantie plus ist ebenfalls Vergangenheit. **Die Schulen bekommen den Freiraum**, über die bisherigen U-Plus-Mittel frei zu verfügen, um damit verlässliche Schulzeiten sicherzustellen.

Wichtig für die Zukunft kleiner Schulen und Schulzweige war **die Abschaffung der Richtwerte zur Klassenbildung, die vielerorts Schulstandorte gefährdet hatten.** Und schließlich wurde Schluss damit gemacht, Eltern an den Schülerbeförderungskosten zu beteiligen. Mit der Ankündigung, die so genannten **BAT-Lehrerinnen und -Lehrer ab 2009 nicht wie bisher vor den Sommer-**

ferien zu entlassen und danach wieder einzustellen, ist die Landesregierung einer Initiative der SPD gefolgt.

Im **Sozialbereich** zeichnet sich ab, dass die Zuständigkeit für das **Betreute Wohnen** beim Landeswohlfahrtsverband verbleibt. Dies sieht ein gemeinsamer Gesetzentwurf von SPD und Grünen vor. Damit wird sichergestellt, dass alle Betroffenen Hilfe aus einer Hand erhalten und die Qualität der Betreuung in allen Landesteilen gleich hoch ist.

Das **Ende des Tarifdiktats** für die Tarifbeschäftigten im Öffentlichen Dienst des Landes ist auf den politischen Druck der Parlamentsmehrheit zurückzuführen. Erst nachdem der Landtag die Landesregierung zur **Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder** aufgefordert hatte, hat der Innenminister mit den Gewerkschaften die Eckpunkte für einen neuen Tarifvertrag vereinbart. Die SPD tritt als Nächstes dafür ein, dass auch die Beamtinnen und Beamten an der Einkommensentwicklung teilhaben. Eine entsprechende Initiative hat unsere Fraktion eingebracht.

Mit dem **Austritt aus der so genannten Internationalen Atomenergiekommission** hat die neue Landtagsmehrheit gezeigt, dass sie nicht bereit ist, den Betrieb von Atomkraftwerken weiterhin zu legitimieren. Zudem wurde die Landesregierung aufgefordert, den **Einsatz Erneuerbarer Energien** nicht mehr zu behindern, sondern zu fördern.

Ebenso ist die grundsätzliche Bereitschaft der Landesregierung, die Härtefallkommission für Flüchtlinge neu zusammensetzen, vom Parlament angestoßen worden. Auch die Rücknahme des „Raser-Freibriefs“ für Minister und Staatssekretäre ist unter dem Druck eines drohenden Parlamentsbeschlusses erfolgt.

Für weitere Initiativen zeichnen sich Mehrheiten ab: **Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden** wird nach den Vorstellungen der SPD wieder erleichtert. Die

SPD-Fraktion hat einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem die Hessische Gemeindeordnung so verändert werden soll, dass die von CDU und FDP eingeführten Restriktionen bei den Möglichkeiten wirtschaftlicher Betätigung der Kommunen wieder abgebaut werden und dadurch die Städte und Gemeinden in Hessen zusätzliche Handlungsspielräume zurückerhalten. Außerdem umfasst der Gesetzentwurf die **Einführung von Seniorenbeiräten** und die **Absenkung der Quoren bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden**.

Mit einer Initiative wollen wir das Sparkassengesetz verändern und die Ausweisung von Stammkapital rückgängig machen, um die regional verankerten Sparkassen zu unterstützen.

Auch in das von der SPD beharrlich auf die Tagesordnung gesetzte Thema „**Internationale Bauausstellung**“ ist endlich Bewegung gekommen – ein wichtiges regionales Projekt!

Mit Unterstützung auch der FDP soll die **Förder- und Beratungspraxis für Unternehmer** in Hessen wieder besser organisiert werden.

Bei der **Analyse der zustande gekommenen Abstimmungsmehrheiten** fällt auf, dass zentrale Anträge eine Mehrheit durch SPD, Grüne und Linkspartei gefunden haben. So bei der Änderung des Hessischen Schulgesetzes, der Abschaffung der Studiengebühren, der Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder, einem Abschiebestopp für afghanische Staatsangehörige, einem Antrag zur IT-Strategie der Landesregierung und einem Antrag zur Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

Einstimmig waren eine Resolution zu Tibet und Anträge zur Überprüfung von MdLs durch die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, zur Erhöhung der Referendariatsplätze und zum Gedenken an den 17. Juni 1953.

Ein Antrag zur Verlegung des US-Streitkräfte-Headquarters nach Wiesbaden fand eine Mehrheit von CDU, SPD und FDP. Ebenso die Änderung des Abgeordnetengesetzes sowie ein Antrag „keine Verunglimpfung der Bundeswehr“. Ein Antrag zum Vertrag von Lissabon erhielt eine Mehrheit von CDU, SPD, Grünen und FDP.

Bei der Frage der Bahnprivatisierung wurde ein Antrag von CDU, FDP und Grünen angenommen; das war der einzige Antrag, der bisher eine „Jamaika“-Abstimmungsmehrheit hatte.

Deutlich wird dabei aber auch, dass mit der CDU in Hessen weiterhin keine Politik möglich ist, die soziale Gerechtigkeit, ökologische Verantwortung, Bildungsgerechtigkeit und eine gute Sicherheitspolitik mit Augenmaß anstrebt. Ein bisschen Kosmetik bei der Schulpolitik und die Entdeckung des Themas Nachhaltigkeit nach jahrelangem Be- und Verhindern stellen noch lange keinen notwendigen Politikwechsel dar. Insbesondere beim Haushalt bleibt die Politik der CDU unsolide. Die Verzögerung der Vorlage des Haushaltsentwurfs 2009 bis zum Dezember kommt einer Arbeitsverweigerung der geschäftsführenden Landesregierung gleich. Hier wird einmal mehr aus parteipolitischen Kalkül verzögert, – typisch für Roland Koch – getrickst und die Unwahrheit gesagt.

Auf Dauer nicht tragfähig ist es, den Politikwechsel allein durch Parlamentsmehrheiten herstellen zu wollen. Die Erfahrungen der vergangenen Monate zeigen, dass Roland Koch alle Möglichkeiten nutzen wird, um über die Nichtbefolgung von Mehrheitsentscheidungen (siehe Tarifvertrag, Abschiebestopp Afghanistan), mangelnde Kooperation (siehe Studiengebühren und Haushaltentwurf 2009) und bereits angekündigte Einsprüche (z. B. Änderung der Haushaltsordnung) Parlamentsbeschlüsse zu konterkarieren. Deshalb müssen wir handeln und eine neue Regierung bilden.

Impressum:

Die Zeitung „Freundeskreis – Die linke Mitte“ erscheint nach Bedarf. Abdruck - auch auszugsweise - nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die redaktionellen Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Herausgeber, Verantwortlich für den Inhalt:

Freundeskreis,
c/o. Roger Podstatny, Karl-Blum-Allee 14,
65929 Frankfurt

Redaktion: Roger Podstatny, Ursula Busch

Autoren: Mitglieder des Freundeskreises

Gedruckt durch Eigenvervielfältigung

Veranstaltungstipp:

Deutschland: Mittelschicht ohne Perspektive?

Die SPD im Nordwesten veranstaltet ein Herbstgespräch mit

Prof. Alfons Schmid, Direktor des Instituts für Wirtschaft, Arbeit und Kultur

Dr. Hubertus Hille, IHK Frankfurt am Main

Gregor Amann, Mitglied des deutschen Bundestags

moderiert von Dr. Dietrich Jörn Weder (Journalist)

**am Montag, 03. November 2008 um 19.30 Uhr
im Titusforum, Nordwestzentrum**